

Erscheint in Leipzig
Dienstag, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filialexpeditionen für die
vereinigtsten Staaten:
H. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Sueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Fetter Hub,
E. W. Corner Third and
Seaton str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 2 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
1 1/2 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Agr. Sachsen
u. Preuss. Sachl. -Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 128.

Mittwoch, 24. December.

1873.

Der Feiertag wegen fällt die nächste Nummer aus.
Die Redaktion.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 5 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat, in Preußen incl. Stempelsteuer 2 1/2 Sgr.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.);
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Frk.);
für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/2 Frk.);
für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Wagnertlohn) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zeilstr. 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Rensschönsfeld etc. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellergasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau etc. bei Frau Pohe, Hofmarkt Nr. 9, in Lindenau, für Sonnenuitz etc. bei Teubert, Bornaische Straße 197, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Elstertitz bei D. Richter.

Nur jene Stadt- oder Kreuzband-Abonnenten können für das vierte Quartal auf Zusendung des Blattes reflektieren, welche ihr Abonnement mündlich oder schriftlich erneuert haben und mit Zahlung nicht im Rückstande sind.

Der Abonnement-ertrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

Reichstagswahl.

Unsere Parteigenossen fordern wir wiederholt und nachdrücklich auf, alle ungeschehlichen Vorgänge in der jetzigen Wahlperiode genau zu notiren und sich Zeugnisse und Beweise dafür zu schaffen. Es ist dies unumgänglich notwendig, um bei etwaigen Wahlprotesten das nötige Material zu haben.

So verlautet verschiedentlich, daß die Wahllisten an dem gesetzlich angeordneten Tage noch nicht fertig gewesen sind und ausgelesen haben, daß man Wählern, weil sie keinen eignen Hausstand besaßen oder mit den Steuern im Rückstand waren, die Aufnahme in die Wahlliste verweigerte, daß man ferner trotz Paragraph 17 des Reichswahlgesetzes ordnungsmäßig angemeldete Versammlungen verbot u. s. w. Alles dies sind ungeschehliche Handlungen, die unter Umständen zur Festsetzung einer Wahl führen könnten, und da alle diese hier aufgeführten Akte nicht gegen unsere Gegner, sondern nur gegen uns ausgeübt werden, um für uns günstige Wahlen zu verhindern, so ist klar, daß wir das größte Interesse haben, scharf aufzupassen und alles ordnungsmäßig genau festzustellen.

Für den Wahlkreis Galdo-Nischersleben ist von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Theodor Wegner aus Berlin als Candidat aufgestellt worden.

Die Lokalkomitees und Parteigenossen des 19. sächsischen Wahlkreises werden aufgefordert, alle Versammlungen vorher bei unterzeichnetem Comité anzuzeigen, widrigenfalls sie nicht auf Unterstützung rechnen können.

Stollberg. Das Central-Comité.

S. A.: Fr. Desterreich, Schloßgasse.

Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Zur Beherzigung für die bevorstehende Reichstagswahl.

Die Gesetzgebung unseres Landes lag bisher in den Händen der bevorrechteten Klassen. Gutsherren, Fabrikanten, Capitalisten aller Art, hohe Beamte, Edelleute, Fürsten u. dgl. „Große“ wurden bisher gewählt, um die Gesetze zu machen.

„Wer das Kreuz hat, segnet sich zuerst“, sagt ein bekanntes Sprichwort. Die bisherigen sogenannten „Volksvertreter“ aber empfanden die Gesetzgebung, um sich nicht allein zuerst, sondern um sich und ihren Anhang, die besitzende Klasse, ausschließlich zu segnen.

Chemals hieß es: „Arbeit bringt uns Ehr' und Brot, Müßiggang nur Schande, Neid und Noth.“ Durch das Verfahren, immer nur Leute für die Gesetzgebung zu wählen, die nicht Arbeiter sind, ist es dahin gekommen, daß redliche Arbeit mit Noth und Schande, mit Entbehrungen und Elend aller Art zu kämpfen hat, während der Coupons abschneidende Müßiggänger, der wucherische Speculant, die ganze arbeitsscheue Ausbeuterherrschaft Ehr' und Brot in übermäßiger Fülle haben.

Soll das anders werden, soll die Arbeit zu Ehren kommen, so dürfen künftig nicht mehr die Müßiggänger gewählt werden, um die Gesetze zu machen, sondern wohlverstandene tüchtige Arbeiter.

Zudem sind Personen, welche jährlich Tausende zu wucherischen Speculationen (Gründungen) fliehen oder wo sonst her — selbst beim besten Willen außer Stande, sich in die Lage der Nothleidenden, der Arbeiter, Kleinbürger und kleinen Beamten auch nur hineinzuversetzen und dieselbe richtig zu beurtheilen, ebensowenig, wie der Blinde sich eine klare Vorstellung von den Farben zu machen vermag.

Den Bevorzugten in der Gesellschaft geht es gut; sie finden deshalb auch die gegenwärtige Gesellschaftsordnung ausgezeichnet, und ihr ganzes Bestreben ist selbstverständlich nur darauf gerichtet, diese vortreffliche „Ordnung“ aufrecht zu erhalten, mehr und mehr zu befestigen, und Jeden als Ordnungsgeliebten, Volkverführer u. dgl. zu verächtlichen und zu denunciren, der mit dieser Art von Ordnung nicht zufrieden ist, nicht zufrieden sein kann.

Den ausgebeuteten und deshalb nothleidenden Klassen gegenüber bildet die ausbeutende Klasse und ihr Anhang eine einzige Ausbeuterpartei, gleichviel ob sie sich Fortschrittspartei, National-liberale, Conservative, Ultramontane u. s. w. nennen (evangelische nicht minder als katholische) oder wie sonst nennen. Sie Alle betrachten die große Masse des Volks als um ihrerwillen da, und die Noth der großen Masse ist für sie nur eine Quelle des Wohlstandes. Je größer die Noth der ausgebeuteten Klasse, desto größer der Wohlstand der Herren Ausbeuter.

Was speciell die Herren Pfaffen betrifft, die bekanntlich auch sehr gut essen und trinken, aber nicht arbeiten wollen und deshalb bei den Wahlen sehr thätig sind, so kann gar nicht scharf genug hervorgehoben werden, daß diese Herren noch immer die Wolfe in Schafkleidern sind, wie schon Jesus sie genannt hat.

Von dem, was sie den Armen Jahr aus, Jahr ein von dem „herrlichen Jenseits“ vorzählen, glauben sie selber nicht eine Silbe. Sie sind Wegweiser, die selbst am besten wissen, daß der Weg, den sie der Menge zeigen, ein falscher ist, weshalb sie sich hüten, diesen Weg selber zu gehen!

Wo findet man heutzutage einen sogenannten „Seelsorger“, der um seiner eignen Seele willen, um der ewigen, „himmlischen“ Freuden theilhaftig zu werden, sich Entbehrung, Noth und Elend aller Art gern gefallen läßt, um sich mit Fasten und Beten Tag und Nacht zu künieren für das von ihnen so viel gepriesene Jenseits?

Wo ist ein Pfaffe, der das Wohlgefallen an „irdischen“ Gütern, die habhsüchtigen, die sinnlichen Begierden und bösen Lüste in sich selbst bekämpft und irdische Güter höchstens dazu benützte, um sich Freunde im Himmel zu machen?

In früheren Zeiten gab es unter dieser Kunst solche, die das glaubten, was sie lehrten und sich folgerichtig absichtlich alle möglichen Entbehrungen auferlegten, sogar ihren Leib mißhandelten, und Alles aufboten, um sich das Etenleben gründlich zu verleiden, um in ihrem Sehnen nach dem „geträumten Jenseits“ durch keine irdische Freude gestört zu werden. Heute giebt es solche Künze nicht mehr. Heute sagt der Volksmund sehr bezeichnend: „Pfaffen-sack hat keinen Boden.“

Die Herren Seelsorger haben gegenwärtig ihr irdisches Dasein möglichst comfötable gehalten, und nur die Furcht, daß es mit dem müßiggängerischen Wohlleben zu Ende sein wird, daß auch sie ihren Unterhalt durch nützliche Arbeit sich selbst beschaffen müßten, wenn erst Diejenigen, von deren Schweiß sie, wie alle anderen Ausbeuter sich jetzt nützen, zum Bewußtsein gekommen sind — nur diese Furcht macht sie zu wühenden Gegnern der Social-Demokratie, die bekanntlich die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen gesetzlich abgeschafft wissen wollen.

Die Frömmigkeit, welche die sogenannten „Seelsorger“ heucheln, ist Schwindel der raffiniertesten Art. Während ihre „frommen“ Predigten nicht mehr so gut bezahlt, wüßten sie ihren Unterhalt durch nützliche Arbeit sich selbst erwerben, wären sie so gestellt, daß sie ihren Verdummungsbestrebungen nur nach Freierabend nachgehen könnten, wie dies gegenwärtig bei den nützlichen Arbeitern aller Grade mit ihren Aufklärungsbestrebungen der Fall ist, würden sie gar noch wie diese verdächtigt und verfolgt: wahrlich, diese sehr ehrenwerthen Herren würden die „fromme“ Arbeit gar bald einstecken!

Die arbeitsscheue Ausbeuterherrschaft hat allerdings guten Grund, mit dem Pfaffen, als ihren wohlbezahlten und wirksamsten Werkzeugen, zusammen zu halten; sie wissen auch beiderseits sehr gut, was sie thun, wenn sie sich gegenseitig für die Gesetzgebung wählen; wählt aber irgend ein Nothleidender einen Ausbeuter, Pfaffen oder sonstigen Arbeiterfeind, oder theilhaftig er sich gar nicht an der Wahl, so weiß er nicht, was er thut!

Das allgemeine, gleich und direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung, wie wir es für den Reichstag haben, legt die Gesetzgebung in die Hand der Unterdrückten und Nothleidenden, weil diese die ungeheure Mehrzahl in der gegenwärtigen Gesellschaft bilden. Sobald nun alle Nothleidenden von diesem Rechte einen vernünftigen Gebrauch machen, d. h. sobald sie nur unter ihren so zahlreichen Leidensgefährten die Tüchtigsten auswählen, und sich

unter allen Umständen durch Ihresgleichen in der Gesetzgebung vertreten lassen, so kann es keine Macht der Welt verhindern, daß die Gesetze künftig die Rechte der Unterdrückten und Armen ebenso warm vertreten, als sie bisher die Rechte der Unterdrückten und Armen vertreten haben. (Schluß f.)

„Die gewerbliche Thätigkeit der Frauen vom hygienischen (gesundheitlichen) Standpunkt aus“.

ist der Titel einer neuerschienenen Broschüre Dr. L. Hirt's (Privatdozenten an der Universität Breslau), der bereits eine größere Schrift über die Krankheiten der Arbeiter veröffentlicht hat. Da die „mit speziellem Hinweise auf die an eine Fabrikgesetzgebung zu stellenden Anforderungen“ verfasste Broschüre und noch nicht vorliegt, so theilen wir aus einer Rezension in einer Nummer (49) der „Concordia“ Nachstehendes über den Inhalt mit:

„Der Verfasser geht die hauptsächlichsten der gesundheitsgefährlichen Industriebetriebe durch, in welchen Frauen der verwandt werden und theilt aus seinen, u. A. auf einer dreijährigen Reise in Deutschland, England, Schottland, Frankreich, Holland, Belgien und der Schweiz gesammelten Erfahrungen das hierher Bezügliche mit. Eine der Hauptsachen, sowohl der schlechten Gesundheitsverhältnisse unter einem großen Theil der weiblichen Arbeiterbevölkerung, als auch der relativ großen Zahl von Todgeburten und des enorm hohen Sterblichkeitsprocentages der Kinder im ersten Lebensjahre findet er in der mangelhaften Kontrolle der Beschäftigung von weiblichen Arbeitern mit giftigen Stoffen, und in der Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit, welche sie gerade hierbei entwickeln.“ „Hier“, bemerkt er, „ist das eigentliche Feld für die Fabrikgesetzgebung, hier liegt noch Vieles, ja Alles zu thun, und hier werden Vorsichtsmassregeln, namentlich wenn sich dieselben auf die Zulassung zu den fraglichen Arbeiten beziehen, von den schönsten Erfolgen begleitet sein.“ Sehr frappant ist folgender vom Verf. angeführte Beleg: In Fürth (bei Nürnberg) arbeiten in den Spiegelbelegereien allerdings meist mehr Frauen als Männer, aber die Differenz ist unbedeutend, — trotzdem fanden wir unter 41 genau controlirten, in den letzten Jahren vorgekommenen und in den Journalen des Fürther Krankenhauses verzeichneten Quecksilbererkrankungen 35 afficirte Frauen und nur 6 Männer, d. h. also 85 1/2 Procent der quecksilbervergifteten Arbeiter waren weiblichen Geschlechts! Zwei in den Belegereien arbeitende Frauen, welche wir in dem Spital examinirten, hatten während ihrer Ehen zusammen 13 Kinder geboren, davon waren 11 während der ersten 6 Lebensmonate gestorben (etwas über 84 Procent) und in ähnlicher Weise ließ sich constatiren, daß durchschnittlich 65 Procent der von Quecksilberarbeitern geborenen Kinder innerhalb des ersten Lebensjahres starben!“ — Von den Beschäftigungen einer anderen Kategorie, denjenigen nämlich, welche durch eine gewisse Körperstellung von nachtheiligen Folgen begleitet sind, wird namentlich die Arbeit an der Nähmaschine angeführt; „wir können bei positiver Sicherheit behaupten, daß diese Beschäftigung, sobald sie als Broderwerb benützt und 8, 10, ja 11 Stunden täglich vorgenommen wird, in verhältnismäßig kurzer Zeit (8—12 Monaten) auch die kräftigste Gesundheit zu ruiniren im Stande ist.“

Die vom Verf. in Vorschlag gebrachten gesetzlichen Massregeln zum Schutze der Gesundheit der Arbeiterinnen zerfallen der Natur der Sache nach in allgemeine und in specialisirte Vorschriften. Die prinzipielle Ausschließung der Weiber von der fabrikmässigen Thätigkeit wird von ihm verworfen, da sie theils von sanitätlichen Gesichtspunkt aus) nicht notwendig sei, theils eine zu große Störung, stellenweise sogar Zerstörung des Industriebetriebs mit sich führen würde. Dagegen empfiehlt er folgende allgemeine Vorschriften:

- 1) Unter dem Schutze derselben stehen a. jugendliche weibliche Arbeiter (junge Mädchen, im Alter von 12—18 Jahren, und b. Erwachsene. (Die Arbeit der Kinder unter 12 Jahren regelt die Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1839 — § 128 bis 133.)
- 2) Die Verbringung eines ärztlichen Gesundheitsattestes ist vor der Aufnahme in die Fabrik erforderlich.
- 3) Der Ortspolizeibehörde ist der Bestand an weiblichen Arbeitern wöchentlich mitzutheilen; die sanitätspolizeiliche Controlle der Fabrik ist zu jeder Zeit ohne Weiteres zuzulassen. Einrichtung des Arbeitsbuches für die jugendlichen Arbeiter nach § 131 der Gewerbe-Ordnung.
- 4) Die Maximalzeit der täglichen Arbeit für junge Mädchen und Verheirathete (resp. Wittwen mit Kindern) beträgt 10 Stunden; für Unverheirathete über 18 Jahre (econt. kinderlose Wittwen) 11 Stunden.
- 5) Die Arbeit darf früh vor 6 Uhr beginnen, Abends nicht nach 6 Uhr geschlossen werden.
- 6) Außer den halbständigen Morgen- und Nachmittagspausen ist den Verheiratheten auf ihren Wunsch eine Rittagspause von anderthalb Stunden zu gewähren. Unverheirathete haben nur auf eine Stunde Anspruch.
- 7) Für alle weiblichen Personen ist die Nacharbeit in Fabriken u. Uebding verboten.

Die Begründung dieser Vorschläge mag man im Buche selbst nachlesen; was das Verbot der Nacharbeit betrifft, so glaubt der Verf., daß es sich allerdings nicht sofort, sondern nur nach und nach in Ausföhrung bringen lassen.

Die speziellen Vorschriften beziehen sich 1) auf jugendliche weibliche

*) Breslau und Leipzig, Ferdinand Hirt & Sohn. 53 Seiten.

iche Arbeiterinnen (von 12—18 Jahren); es werden etwa 12 Industriebetriebe resp. Manipulationen aufgeführt, von denen sie ganz auszuschließen, und etwa 30, in denen sie nur dann zu verwenden sind, wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Schutzmaßregeln (Ventilationsanlagen u. s. w.) vorhanden und geprüft worden sind; 2) auf Schwangere (in der zweiten Hälfte), welche gleichfalls in gewissen (die Gefahr der Vergiftung mit sich führenden) Betrieben nicht beschäftigt werden dürfen; und 3) auf Wöchnerinnen. Keine Neuentbindung darf vor dem neunten Tage ihrer Niederkunft in irgend einer Fabrik auf irgend eine Weise beschäftigt werden; will sie dann die Arbeit wieder aufnehmen, so hat sie einen durch eine approbierte Medicinalperson angefertigten Erlaubnißschein beizubringen; vom 10. bis 42. Tage nach der Entbindung darf keine Arbeiterin in gewissen Industriebetrieben (denselben, von welchen auch die Schwangeren ausgeschlossen sein sollen) beschäftigt werden.

So viel über den Inhalt der Hirsch'schen Schrift nach dem Refsumé der „Concordia“. Was wir auch die von Dr. Hirt befürworteten Schutzmaßregeln bei Weitem nicht für ausreichend halten können, so würde ihre Durchführung doch unlängbar mit sehr viel Vortheilen verknüpft sein und die schlimmen Einwirkungen der Industriearbeit auf den weiblichen Körper wesentlich abschwächen. Im achten Punkt des Eisenacher Programms fordern wir „Einschränkung der Frauenarbeit.“ Es ist dies ein Punkt, der auf dem nächsten Parteitag wohl zur Sprache zu bringen sein dürfte, da innerhalb der Partei viel Meinungsverschiedenheit und Unklarheit existiert. Unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise ist jede Frauen- wie Kinderarbeit für die Industrie nicht bloß den Frauen und Kindern, sondern auch den Männern vererblich. An sich ist gegen die Frauen- und Kinderarbeit nichts einzuwenden, und ist sogar von Owen die Kinderarbeit mit Recht als integrierender Theil der Jugendverziehung betrachtet worden. Aber wir haben es mit der heutigen Produktionsweise, nicht mit einem zu erstrebenden idealen Zustande zu thun; und wie die Dinge jetzt liegen, müssen wir jede Maßregel unterstützen, die auf Beschränkung und gesundheitsliche Regelung der Frauen- und Kinderarbeit huzielt; und sind sogar verpflichtet, so lange der Kapitalismus noch herrscht, die vollständige Fernhaltung der Frauen und Kinder von der Bourgeoisindustrie im Interesse der Frauen und Kinder selbst wie des Proletariats im Allgemeinen zu erstreben.

Politische Uebersicht.

Die ganze Zämmlichkeit des Berliner Parlamentarismus (der Parlamentarismus taugt freilich nirgends etwas) wurde in der Debatte über die Diäten von Lasler enthüllt, der ruhig erklärte, ein Wortum des Landtags für Diäten würde ja doch nichts nützen; Bismarck habe sich ja nicht einmal um die dahin zielenden Beschlüsse des Reichstags gekümmert. Woju denn Landtag und Reichstag da sind, wenn ihre Beschlüsse doch werthlos sind, das hat Herr Lasler und allerdings nicht gesagt. Die Wiener „Tagesschau“ sagt zu der nämlichen Argumentation des Herrn Lasler:

„Leider ist das eine Wahrheit. Aber dann sollte Lasler auch consequent sein und sein zweifaches Mandat niederlegen. Wozu hat man überhaupt eine Vollvertretung nötig, wenn sie stets bereit ist, sich unter den allmächtigen Willen eines einzigen Mannes zu beugen? Da ist uns ein wackerer Abolitionismus tausendmal lieber, als solcher Pseudo-Parlamentarismus, und einer Versammlung von Ja-Herren würden auch wir die Diäten versagen. Jeder dafür verausgabte Thaler wäre Verschwendung.“

Lasler „sollte consequent sein!“ Wer lacht da? Uebrigens thun wir dem Mann nicht Unrecht! Er ist consequent in seiner Weise! Er hat leeres Stroh gedroschen. Er dreischt leeres Stroh. Und er wird leeres Stroh dreschen. Sela!

Ueber den diätenlosen Reichstag, der nach der Bismarck'schen Theorie die beiläufig auch auf Conto der „politischen Heuchelei“ kommt in Folge der Diätenlosigkeit „durch ihren Besitz unabhängige Männer“ enthalten sollte, fällt das schon erwähnte Wiener Blatt folgendes wohlverdiente Urtheil:

„Das Argument, Reichthum verleihe eine größere Unabhängigkeit, ist besonders durch den deutschen diätenlosen Reichstag thatsächlich widerlegt worden. Selten hat man eine seriösere Versammlung gesehen. Selten ist die Stellung eines Abgeordneten schamloser zur Erlangung persönlicher Vortheile ausgenutzt worden, als dort, und auch hier in Oesterreich sind es hauptsächlich die reichen Verwaltungsräthe, welche unsern vorigen Reichsrath in Mißcredit gebracht haben. Uneigennütziges Hingeben für das Volk findet man in höherem Grade unter den ärmeren Klassen, als in den begüterten. Oft deutet die Blouse des Arbeiters ein patriotischeres Herz, als der salon- und reichstagsfähige schwarze Frack.“

— Moderne Folter. Der „Staat“, wo der bekannte Obertritenherzog Friedrich Franz, der Ersünder der „schönen Cavallerie-gesichte“, natürlich von Gottes Gnaden, regiert, das berühmte Mecklenburg, hat Einrichtungen, die dem Geist „schöner Cavallerie-gesichte“ vollständig entsprechen. Der „Fremde“ mag in diesem Lande unter Friedrich Franz's Scepter wohl manchmal glauben, er sei um 500 Jahre zurückversetzt. Ist es doch erst zwei Jahre, seit dort die Prügelstrafe für Civilpersonen abgeschafft ist. Seitdem der Haselstock nicht mehr Symbol der mecklenburgischen „Cultur“ ist, vertritt nach preussischem Muster die Polizei seine Stelle. Man höre: Ein Dienstmädchen aus Schweden hat fünf Jahre im mecklenburgischen gedient. Das Mädchen bekommt ein uneheliches Kind, giebt dasselbe bei ordentlichen Leuten in Pflege und sorgt für dasselbe. Aber Mecklenburg ist ein „sittlicher“ Staat, wo zwar die reichen Leute ungenirt die größten Ausschweifungen sich erlauben dürfen, denn „ihre Mittel erlauben das“, wo aber die „uneheliche“ Niederkunft eines Dienstmädchens ein gar nicht zu löhendes Verbrechen ist. Vor solcher „Sittensverderbnis“ muß dieser „Staat“ gerettet werden. Alsobald erscheint die Schwärmerin Polizei, an der Spitze Herr Senator Bode und beschreit: „Die Mutter mag hier im Lande bleiben, aber das Kind muß fort.“ Ob die Mutter im Stande ist, das Kind nach Schweden zurückzubringen, ob sie überhaupt die nötigen Mittel zu einer solchen Reise aufbringen kann — was kümmert's die Polizei! Die auf's Aeußerste geängstigte Mutter weiß sich nicht zu helfen; ihre günstigen Zeugnisse helfen ihr nichts: „Das Kind muß fort!“ verlangt die unerbittlichen Staats-Nachwächter. Von allen Qualen der Verzweiflung gefoltert ertränkt die arme Mutter ihr unschuldiges Kind, das, kaum auf die Welt gekommen, schon dem mecklenburgischen „Staat“ gefährlich ist. Der Schlußact dieses Dramas vollzieht sich natürlich vor den Geschworenen, welche die Kerkel wegen Kindsmordes zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilen. Derart springt man um mit Ausländern im neuen deutschen

„Reich“. Eine Handvoll bestochener Subjecte ist freilich trotz alledem frech genug, niederzuschreiben, daß dies preussische „Reich“ sich der größten Achtung des Auslandes erfreue und Tausende von Gimpeln sind dumm genug, dies zu glauben. In Wahrheit ist dies anders. Die Bewohner der skandinavischen Halbinsel, die Schweden und Norweger, welchen diese mecklenburgische Brutalität nahe geht, werden zwar nicht, wie es vielleicht in Preußen im umgekehrten Fall geschehen würde, darin einen Katalag zu einem „heiligen Krieg“ erblicken — sie werden sich aber erinnern, daß schon 1871 gefangene Franzosen von vertheerten mecklenburgischen Junkern statt Pferden an Fahrwerke gespannt worden sind und sie werden dies „deutsche Reich“ mit seinem Mecklenburg auf dieselbe „Culturstufe“ stellen, wie etwa den „Staat“ der Kopfschneider, Dahomey, oder die Fidjischinseln der australischen Kannibalen.

— Lebensart. Der „geniale Staatsmann“, der es für gut befunden hat, sich seinen bedrängten Parlamentären wieder einmal zu zeigen, sprach am 17. d. gegen den 80jährigen Kreuzzeitungsritter Gerlach, der ihn an eine vor 25 Jahren von dem Junker Bismarck gehaltene Rede („vom Arronschiff der Zeit, das an dem Besim der Kirche jerschellen werde“ u.) erinnert hatte, u. A.: „Wenn der Herr Vorredner Einzelheiten meiner Rede citirt, so möchte ich zuerst einmal sagen: wenn er so schweres Gewicht auf meine Ueberzeugung legt, die ich vor 25 Jahren ausgesprochen habe, warum will er denn auch nicht meinen lebendigen Worten von heute trauen? (Eben weil sie den „lebendigen Worten“ von anno dazumal widersprechen, lieber „Geniale!“) Oder wenn „er mir einen Vorwurf daraus macht, so nehmen wir an, nicht etwa der Vorredner, sondern ich wäre mit der Zeit allerschwach geworden.“ Wie gesagt, Gerlach ist 80 Jahre alt! Diese — zarte Bemerkung wurde vom Reichstag natürlich mit der bekannten „großen Heiterkeit“ aufgenommen.

— Rationalservil. Die Berliner „Volkzeitung“, die zwar mitunter etwas rothe Schminke zur Schau trägt, an sich aber so gut bismarckisch-patriotisch ist wie die „Nationalzeitung“, schreibt in ihrer Nr. 296:

„Der ultramontane „Volkfreund“ in München giebt folgende Phrase zum Besten: „Was thut der große deutsche Culturkämpfer Bismarck? Er hat auf Barzin eine Schnapsbrennerei errichtet. Schnapsbrenner und Culturkämpfer zugleich. Diese eine Thatsache, sagt mehr, als wir in Hunderten von Leitartikeln klar machen können.“

Obgleich die „Volkzeitung“ kein Wort weiter sagt, so wird ihre Tendenz doch zur Genüge durch die einleitende Bemerkung bezeichnet. Die „Phrase“ des „Volkfreund“ wird als etwas Absurdes hingestellt. Aber ist sie denn absurd? Will die „Volkzeitung“ vielleicht leugnen, daß Bismarck Schnapsbrenner ist? Er hat es unglücklichweise selber im Reichstag erklärt. Oder will sie behaupten, daß Culturkampf und Schnapsbrennerei zwei Geschäfte sind, die sich mit einander vertragen? Bisher hielt man den Schnaps für einen Culturfeind. Oder hat sich dies geändert, und giebt es jetzt eine Schnapskultur, für welche die „Volkzeitung“ schwärmt? Und ist es diese Schnapskultur, welcher der gegenwärtige „Culturkampf“ gilt, als dessen Gegnerin sich die „Volkzeitung“ oben im Anhängeschild des Leitartikels ankündigt, für den sie aber im Kämmerlein ihres politischen Theils schwört, eine posthume Inkarneation der Zweieckentheorie. Und ist heutzutage nicht der Schnaps, sondern ein Jeder, der die Schnapskultur bekämpft, ein „Culturfeind“? Und obendrein natürlich auch „Reichsfeind“?

„Schnaps Schnaps Schnaps, Du edeles Getränk! Komm her, mein Schnaps, u.“

— Die „Eberfelder Zeitung“, ein vom Berliner Pressbureau beeinflusstes „liberales“ Blatt, schreibt über die Lage der Schullehrer-Wittwen und Waisen im „Staate der Milliarden“, welcher für seine sämmtlichen Schulen nur zwei, für seinen Heldeuzug vier Millionen zu verausgaben hat:

„In der Presse ist wiederholt auf den andauernden Nothstand der Schullehrer-Wittwen aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen worden, daß das Abgeordnetenhaus auf eine radikale Beseitigung desselben hinzuwirken die Initiative ergreifen möge. Das neue Gesetz, betreffend die Errichtung von Elementarlehre-Wittwen- und Waisehäusern hat diesen Nothstand durchaus nicht beseitigt. Dasselbe stellt sich immer mehr und mehr als eine nur halbe Maßregel heraus.“

Sehr passend fällt dem „Frankfurter Beobachter“ das bekannte Wort eines „freiliberativen“ Abgeordneten ein, der bei einer Schüberung der Noth der Lehrfamilien einst andrieß: „Man zeige nur erst eine verhungerte Schullehrerwitwe, wenn ich daran glauben soll.“ Nun, das „liberale“ Eberfelder Blatt hat mit Fingern darauf hingewiesen und Derjenigen, der die Verantwortung zu tragen hat für die „halbe Maßregel“, der die Schuld daran trägt, daß „der Nothstand durchaus nicht beseitigt“ ist, das ist Niemand anders als der große Drachentödtler, der sich jetzt vergebens abquält, den verschobenen preussischen Staatsskaffen wieder gegen die Pfaffen stoff zu machen, das ist der Herr Kultusminister Falk, oder, wie ihn seine „liberalen“ Mit-Culturkämpfer speichel-leckend nennen, der „Molke des Culturkampfes“.

— Bourgeoisdemokratie. Ein Telegramm meldet uns, daß die Versailler „äußerste Linke“, gestützt auf die Bajaine ertheilte Begnadigung, Amnestie für alle Commune-Gefangenen, die keine hervorragende Rolle gespielt,“ verlangen will. Also die, welche „eine hervorragende Rolle gespielt,“ d. h. bei der Erhebung von Paris ihre volle Schuldigkeit gethan, werden von der „äußersten Linken“ der trockenen Guillotine für würdig erachtet. O diese politischen Charlatane! Bajaine hat wohl keine „hervorragende Rolle gespielt“?

— Zu Breslau sind unsere Genossen Dehne und Geiser — letzterer zur Zeit Redacteur des „Zeitgeist“ in München — zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden wegen eines Auf-rufs, den sie früher als Mitglieder der Controlcommission der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erlassen hatten. Das Urtheil, eine Blüthe des bürokratischen Jozysthums, motivirt die „Strafe“ mit der „Gefährlichkeit“ (i) der Angeklagten und „weil sie bei ihrer Verurtheilung sogar den Gerichtsjaal zur Agitation für ihre Parteilastigkeiten benutzten.“ Diese samose Argumentation liefert ein so treffliches Bild von der „Redefreiheit“ vor preussischen Gerichten, daß wir nicht umhin können, den preussischen Männern der „Justiz“ einen guten Rath zu geben. Man hänge einen Maulkorb vor der Thüre der Gerichtshäuser auf und lege einen solchen — zu allen-fälligen Gebrauch — auf den grünen Tisch der wohlthölichen „Diener der Gerechtigkeit“, damit der Angeklagte die „Redefreiheit“ niemals aus den Augen verliert. Dann werden solche „Urtheile“ nicht mehr nötig sein.

— Aus Dresden wird uns heute (20. Dyr.) telegraphisch mitgeteilt, daß Genosse Kuer auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu Wittweida wegen angeblichen Vergehens gegen den § 131 des R. St. G. O. verhaftet worden ist. Für seine Freilassung werden 500 Thlr. Caution verlangt. Das ist die Wahlagitation unserer Gegner.

— Wie Kuer, so ist auch Uhle aus Chemnitz verhaftet worden und zwar zu Freiberg, weil er keinen Gewerbeschein (i) zum Colportieren besaß. Wie viele Thaler das Freiburger Gericht-amt für seine Freilassung verlangt, wissen wir nicht.

Innere Partei, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Die Ausbreitung der Partei macht erfreuliche Fortschritte. Auch in dieser Woche können wir eine Anzahl von Oreen namhaft machen, an welchen die Partei von nun an treue und eifrige O:assen zu Mitgliedern zählt. Diese Orte sind:

Biere: Vertrauensmann Simon Rahae; Bömide: Christian Jansen; Sandersheim: Carl Urban; Königsau bei Aschersleben: Hermann Lehmann; Weinigen: Johann von Hof.

Folgende Vertrauensmänner sind neu angemeldet und bestätigt worden:

Lobberich: Franz Derstappen; Soest: E. H. Gade.

Ferner theilen wir mit, daß folgende Orte ihren Pflichten gegen die Parteiklasse für Monat November noch nicht nachgekommen sind:

Altona, Auerbach, Bielefeld, Braakweide, Broigen, Cassel, Coburg, Constan, Eresfeld, Eimmithaus, Dersau, Deuben, Dülken, Dahme, Eisenach, Eslingen, Esfurt, Forst, Frankfurt a. M., Frankfurt a. d. O., Frankenberg, Freiberg, Frohburg, Fürth, Gera, Ge-lan, Gelenau, Grestendorf, Grithain, Gotha, Göttingen, Götting, Greiz, Hünichen, Hohenstein, Jüterbog, Königberg, Köthensdorf, Kleinschöcher, Lörrach, Langenau, Magdeburg, Marburg, München, Müllsen St. Nicolas, Müllsen St. Micheln, Müllsenberndorf, Niederhaslau, Nürnberg, Neufkirchen, Neustädtel, Neitschau, Oberlung-witz, Offenbach, Oderan, Pforzen, Pforzheim, Plauen, Reichenbach, Ronneburg, Rochlitz, Regensburg, Saalfeld, Schw. Müllsd, Soest, Stollberg, Stuttgart, Süchteln, Schwabing, Wittenfels, Witten, Wittgenndorf, Weida, Willau, Werbau, Wolfenbüttel.

Folgende Orte sind mit ihren Beiträgen sogar noch für October, einige selbst noch für September im Rückstande.

Auerbach, Bielefeld, Braakweide, Cassel, Constan, Eresfeld, Dahme, Dersau, Deuben, Dülken, Frankfurt a. d. O., Frankenberg, Frohburg, Grithain, Gelenau, Gera, Ge-lan, Hünichen, Jüterbog, Kleinschöcher, Königberg, Langenau, Müllsen St. Nicolas, Müllsen, Müllsenberndorf, Neustädtel, Neitschau, Oberlungwitz, Offenbach, Plauen, Reichenbach, Rochlitz, Ronneburg, Saalfeld, Weida, Wittenfels.

Die Parteigenossen vorgenannter Orte (Restanten) werden dringend an ihre Pfllichten gegen die Parteiklasse erinnert und besonders die betreffenden Vertrauensmänner aufgefordert, für schleunige Zuleistung der Beiträge an den unterzeichneten Kassierer Sorge zu tragen.

Damburg, 19. Dec. 1879. Mit Gruß!

Der Ausschuß:
3. A.:
H. Benneke, Keiner Schäferlamp 34.
August Geib, Rödingermarkt 12.

Correspondenzen.

Leipzig, 20. Dezember. Etwas Neues über Herrn Birnbaum den Gegenkandidaten Joh. Jacobs im Leipziger Landkreis. Herr Birnbaum erklärte gestern in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die Nachricht in Berliner Blättern, daß er in die Redaktion der „Spener'schen Zeitung“ eintreten wolle — die beinahe in intimen Beziehungen zum preussischen Pressbureau steht — sei irrig, aber er werde von Neujahr an ein wirtschaftliches Blatt, den „Oekonomist“, herausgeben, welcher als Beilage zur „Spener'schen Zeitung“ erscheinen soll. Nun damit ist bewiesen, daß Herr Birnbaum wesentlich den politischen Standpunkt der preussischen Regierung theilt, sonst wäre er mit der „Spener'schen Zeitung“ nicht in Verbindung treten können. Die „Spener'sche Zeitung“ steht aber nicht bloß mit der preussischen Regierung in Verbindung, sondern sie ist auch Eigenthum der Freiconservativen, d. h. einer vollständigen Regierungspartei. Einer Partei, die fast ausschließlich sich aus dem hohen grundbesitzenden preussischen Adel und der hohen Bureaucratie rekrutirt. Herr Prof. Birnbaum hat sich schon in Berlin, durch Gründung der sogenannten „freien Vereinigung für die Interessen des Landbaues“ eifrig bemüht, den hochadligen Herrn Grundbesitzern seine Person zur Verwendung zu empfehlen. Das scheint ihm halb gelungen zu sein; gelingt es ihm ganz, dann wird er wohl Blatzwig-Leipzig verlassen und nach Berlin übersiedeln; dann hat das Mandat für den 18. Bezirk seinen Zweck erfüllt. Denn wir haben schon früher einmal gesagt und wiederholen es heute: daß Herr Dr. Götz in Lindenau schon vor mehr als drei Jahren sich gegen ein Mitglied unserer Partei dahin äußerte, Herr Birnbaum bewerde sich seiner Ansicht nach nur um ein Mandat, um durch dasselbe in Berlin einen Posten zu erhalten.

Wollen die Wähler des 13. Wahlbezirks abermals einen Mann wählen, der wohl für die Interessen des hohen Adels, nicht aber um die Interessen des Kleinbürgers, des Bauern, des Arbeiters Sorge trägt? Der durch seine ganze Thätigkeit im Reichstag als Volksfeind sich gezeigt, als echter Regierungsmann sich entpuppt hat?

Die Wähler des 13. Bezirks werden Herrn Birnbaum nicht wieder wählen, sie werden nur einen Mann wie Joh. Jacobs ihre Stimmen geben, der durch eine 40jährige selbstlose Thätigkeit für das Volk auf sein Vertrauen und seine Dankbarkeit Anspruch hat!

Leipzig, 22. Dezember. Die am vergangenen Donnerstag von hiesigen Mitgliedern des All. deutschen Arb.-Vereins einberufene Volksversammlung im Gohenthal verlief sehr ruhig, nachdem der Vorsitzende, Kamm, erklärt hatte, daß er bei jeder persönlichen oder Parteizänerei sofort dem betr. Redner das Wort entziehen würde. Es wurde warm die Wahl Bebels empfohlen. Son-abends fand im Leipziger Saal eine schwach besuchte Versammlung der Schneidberggehilfen statt, wo Bloß über die Bedeutung der Reichstagswahlen referirte und wo eine Resolution zu Gunsten Bebels angenommen wurde. Zu Rödern wirkte Sietzer in gut besuchter Versammlung für die Wahl von Johann Jacoby;

Daselbe geschah gestern (Sonntag) in Neuschwefel, wo Stelzer und in Enewitz (Krone), wo Raum referierte.

Presiden. Der „Dresdener Volksbote“ bringt über die zu Wasser gewordene „Landesversammlung“ der Nationalliberalen folgenden ergötzlichen Bericht:

„Der Nibelungen Roth oder der nationalliberal-fortschrittlichen Landesversammlung in Brauns Hotel zu Dresden trauriges Schicksal.“ Entthronten Fürsten ist es eigen, daß sie noch immer die Formen und einen Theil des Schmuckes ihrer ehemaligen Herrlichkeit um sich zu erhalten suchen, und so ist es ähnlich auch mit den Parteien, die ehemals im Volke einigen Einfluß ausübten. Unsere Nationalliberalen und Fortschrittler sind vor dieser verächtlichen Schwäche nicht frei, und wenn sie auch zur Erhaltung ihres Ansehens sich gegenseitig aufrecht zu erhalten suchen, wie zwei Balken, die nicht mehr im Boden wurzeln, sondern sich an einander lehnen müssen, so möchten sie doch gerne glauben lassen, sie wären etwas, was sich öffentlich sehen lassen kann. So hatten sie denn zur Stärkung ihres Ansehens eine Einladung ergehen lassen, die Herren von der Chocoladenfarbe des großen Finanzmannes Jordan bis zum Pensée des Herrn Ludwig, des Sozialistenfressers, eine Einladung, welche so halb und halb die Sozialdemokraten fernhalten, aber Alle anlocken sollte, welche auf den Roder des Wortes freisinnig heißen möchten. Die Sozialdemokraten meinten aber, daß sie zu den freisinnigen Wählern auch zu rechnen seien und wollten sich das Schauspiel mit ansehen. Es war derselbe Saal in Brauns Hotel, wo man bei Beginn des „heiligen“ Krieges die im Namen der Menschlichkeit des Völkerfriedens und Völkerwohls sprechenden Sozialdemokraten Walster und Wahlreich mit der den gebildeten Ständen eigenen Pöbelmäßigkeit niederbrüllte. Der Präsidententisch war fein vorbereitet, an dem die nationalliberalen und fortschrittlichen Halbgotter thronen und auf die Kinnladentrümpe des Dr. Döhn lauschten würden. Nahe an 11 Uhr war's, als die Bahnbrecher des herrlichen deutschen Reiches, die Advokaten Händel und Krause, sowie Herr Badewitz erschienen, um ihre Dispositionen zu treffen. Doch wer malt den Grimm, die liberale Enttäuschung dieser hochberzogenen Männer, die sie unter andern verdächtigen Gesichtern auch das Hauptmaleristen Walster erblickten. Zwar waren sie sich bewußt, eine hübsche Anzahl von Advokaten, Landtagsabgeordneten und liberalen Phrasenhelden hinter sich zu haben, aber Walster konnte doch im Stände sein, ihnen die ganz hübsch eingefärbte Gesichtliche mit seinem Petrolumgeruch zu verberben, und so warfen sie sich vornehmlich die beiden Advokaten, mit wahrer Todesverachtung auf ihn, der viele Handel mit seinem imponirenden Fleischgewicht vornah. „Sie haben hier nichts zu thun.“ — „hier ist die freisinnige Partei.“ — „wir haben den Saal gemietet.“ — „wir lassen Sie arretiren.“ so scholl es in einem Athem. Umsonst behauptete Walster, daß er auch freisinnig sei. „Ja aber nicht liberal.“ scholl es zurück. — „Sie haben alle freisinnigen eingeladen.“ — „Ja, aber keine Sozialdemokraten, Sie müssen hinaus.“ — Nun meinte Walster, daß er wenigstens als Berichterstatter Zutritt haben müsse. „Rein, auch als Berichterstatter nicht.“ Also nicht einmal einen Berichterstatter von anderer Meinung vertragen diese liberalen Freunde der Dessenlichkeit! diese Schwärmer für eine freie Presse! Es blieb nun Walster's nichts übrig als zu erklären, daß er unter allen Umständen bleiben würde. „So werden wir sie hinaus führen.“ schrien die Advokaten und travestirten die Worte des Dichters so:

„Du seist gewährt uns die Bitte,
In unserm Bunde der Dritte“

indem sie rechts und links den Gegenstand ihrer Besorgnisse am Arme faßten.

Walster aber traute der Freundschaft der Beiden nicht viel und fürchtete, sie würden ihre Begleitung nur bis über die Schwelle erstrecken, ihn dann schmächtig im Stiche lassen, wie sie es so oft mit ihren Prinzipien gethan. Er zeigte sich also gänzlich abgeneigt, und so wäre es jedenfalls; einer größeren Kraftanstrengung gekommen, hätten nicht einige an Arbeit gewöhnte lernige Hände auf die kürzeste Weise vor der Welt zu Gunsten Walster's den Sieg entschieden. Hülfe suchend wandten sich die Augen der Beschlagenen im Saale um, viele Menschen waren da, aber, aber — Alles roth, Alles roth.

Nach wurden einige Phrasen versucht, aber die Antworten, die es da hageldicht regnete, waren mehr als Maltizische Pfefferkörner. Da traten sie den Rückzug an. Umsonst versuchte Herr Badewitz noch einige Schüsse mitzunehmen, indem er große Quantitäten von Karten anbot, umsonst anbot, so wohl in Bezug auf den Preis, wie in Bezug auf den Erfolg. Nun griffen die Helden zu ihrem letzten Mittel und riefen nach Polizei. Die Polizei kam, aber sie suchte keinen Verur, den Liberalismus in den letzten Hängen zu retten und so zogen sie sich in den ihnen zumutenden kleineren Raum des Speisesaales zurück. Dort schimpften sie nun ganz unstillig: Epitheten, Banditen, Dummheit etc. und man kann ihnen diese Langenarbeit nicht verdenken, denn sie hatten den Saal oben für die Sozialdemokraten heißen lassen und unten im Speisesaal war es schmächtig kalt. Außerdem mußten sie den Sonntag heiligen und beweisen, daß sie die gebildete Klasse sind. Dann ging das Heulmeieren über die sozialdemokratischen Agitationen los, die alle Achtung vor dem Phrasenheldenthum unterwählten und es nöthig machten, daß die Parteiführer ihre früheren Programme, die sie für heilig und unverletzlich und für unveränderlich mit denen Anderer erklärt hatten, jetzt als Krimschams anziehen, bei Seite werfen, während sie jetzt denen, die sie ehemals als Volksfeinde, Rückwärtler, Aristokraten und Reactionäre verschimpft haben, gerührt die Hand reichen. Advokat Krause, der doch eben die Welt umreisen wollte, wenn sie nicht nationalliberal werden wollte, küßt zerknirsch und tiefergebend des gleichfalls wohlbeliebten Pokraths Ademann's Hand. Ja es ist eine Fahnenflucht ohne Gleichen in der Geschichte, überall entpuppen sich die volkreunlichen Gestalten zum Gespenste des Egoismus, die Masken fallen, die scheinheiligen, Alles, was sie früher mit Gut und Blut an Freiheitsgütern zu vertheidigen gelobt, wird jetzt auf den Reichtthäusen gevorren and Jurcht vor dem rothen Gespenste. Ueber die Verammlang schreibt Herr Badewitz selbst in seinem Reichstagsbühler:

Auf diese Aufforderung hin hatten sich zur gedachten Zeit zahlreiche Freunde und Gesinnungsgenossen der Freien Vereinigung und der Fortschrittspartei eingefunden, ein Umstand, der so ernüchternder für den Ausfall liberaler Wahlen im Lande sprechen mußte, als die Weihnachtzeit immerhin sehr viele Wähler in der Betheiligung dieser wichtigen Vorbesprechung zurückließ.

So ging indes die Landesversammlung vorbereitet schien, so hatte sie doch zu sehr im Vertrauen auf die bestimmung hingestellte Bedingung, daß nur Nationalliberale und Gesinnungsgenossen der Fortschrittspartei zur Versammlung zugelassen werden, gehandelt und so hatten denn die Sozialdemokraten die Nichtankündigung, daß nur gegen Eintrittskarte der Zutritt in den Saal gestattet werden würde, benützt und waren in Massen im Versammlungssaal

bereits eine halbe Stunde früher erschienen, so daß den berechtigten Besuchern der Landesversammlung keine Wahl übrig blieb, als nachdem sehr lebhaft Unterhandlung mit den sozialdemokratischen Eindringlingen fruchtlos geblieben, den kleinen Speisesaal zum Versammlungsort zu wählen. Das war nun leider ein sehr trauriger Ausweg, um einem widerlichen Streite zu entrienen, denn unsere sehr zahlreiche Versammlung stand nun Kopf an Kopf in dem kleinen Saale und trotzdem mußten noch viele Besucher darauf verzichten, den Verhandlungen beizuwohnen. Inzwischen gebietet uns der Raum, nicht weiter auf die Angelegenheiten einzugehen und nunmehr über die Verhandlung selbst zu berichten.

Unter dem Vorsitz des Herrn Handelskammersekretär, Landtagsabgeordneten Kirchbach begannen die Besprechungen über die Candidaturen in den verschiedenen Wahlkreisen und ging man sofort sehr eingehend auf die Erörterung derselben über. Dieser zufolge wurden von der Versammlung aufgestellt: im 1. Wahlkreis Rittergutsbesitzer Dr. Pfeiffer, im 2. Professor Fröhlich, im 3. —; 4. —; 5. ?; 6. —; 7. —; 8. Esold; 9. Justizrath Petch; 10. Dehmann; 11. —; 12. Stephani; 13. Birnbaum; 14. 1) Siegel, 2) Breithaupt; 15. Gensel; 16 ?; 17. Eras; 17. —; 18. Streit; 19. Windhaupt; 20. Brockhaus; 21. —; 22. Georgi; 23. —. Nachdem die Wahlbesprechung erledigt worden, wurde die Versammlung in der freudigen Hoffnung geschlossen, daß die vereinigten liberalen Parteien der Nationalliberalen und des Fortschrittes auch diesmal siegreich aus den Wahlen hervorgehen werden.

Das klägliche Fiasko ist also eingestanden, aber auch nicht ohne Beigabe einer Lügenbosis, denn wenn Herr Badewitz sagt, die nationalliberalen Macher hätten zu sehr vertraut auf die bestimmte Bedingung, daß nur Nationalliberale und Gesinnungsgenossen eingeladen seien. Wie wenig diese Ansicht selbst im nationalliberalen Lager getheilt wurde, beweist die Sonnabend-Kammer der „Dresdener Presse“, welche einen Fühler herausstreckt mit der Bemerkung, daß sie erfahren habe, es wollten die Sozialdemokraten die Versammlung in unparlamentarischer Weise stören, daß sie dies aber nicht glauben könnten, da sie, die Nationalliberalen, unsere Versammlungen nie gelöst hätten. Man war also in jenem Lager vollkommen darauf vorbereitet, daß wir kommen würden, man hatte fleißig im „Volksboten“ nachgesehen, ob nicht eine Aufforderung an die Parteigenossen darin enthalten sei, darauf aber war man nicht vorbereitet, daß unsere Parteigenossen auch ohne Aufforderung im Saal so zahlreich und so früh zur Stelle sein würden. Haben wir unparlamentarisch gestört? wollten wir unparlamentarisch stören? Selbst die „Dresdener Presse“ glaubt es nicht. Warum also ist die Landesversammlung so elendiglich zu Grunde gegangen? Weil man sich vor einem einzigen Mann, der gewohnt ist, ihnen die Wahrheit zu sagen, fürchtete. Was das bricht ihnen den Hals. — Je mehr die Leute ihre Rettung in Compromissen suchen, je sicherer ist ihr Bankrott angezeigt, denn alle Welt erkennt, daß es diesen Leuten nicht um Ideen, um Freisheiten, um ihre Prinzipien zu thun war, sondern um ihre Herrschaft, wie könnten sie sonst jene so leichtsinnig opfern und diese zu erhalten. Den Plauenischen Grund haben sie nun gestern als unhaltbar aufgegeben, in Brauns Hotel aber erklärte gestern eine donnernde Proklamierung des Dr. Johann Jacoby in Königsberg als Reichstagskandidat für den 6. Wahlkreis, denn von ihm wenigstens kann man sagen: er ist ein Mann.

Goldh. Ach, wie glücklich leben wir doch in unserm lieben Städtchen, mögen unsere Philister gedacht haben, wenn sie ihre gesinnungsgleichen Wurzblätter gelesen haben, welche immer spaltenlange Beschreibungen über das Treiben der Störenfriede im Reich brachten. Ach, wie glücklich sind wir doch, der für uns einst so lästige Arbeiterverein ist selb. entschlagen, bei uns giebt es keine Sozialdemokraten. Aber o weh, auf einmal ist Volksversammlung. Sonntag, den 14. Dezember, hatte das hiesige Wahlcomité eine Versammlung anberaumt mit der Tagesordnung: „Der Reichstag und die Vertretung der Arbeiter.“ Referent war W. Fink aus Leipzig. Die Versammlung war sehr stark besucht und wurde Redner oftmals durch lebhaften Beifall unterbrochen. Gegner waren genug anwesend, dieselben zogen es jedoch, trotz wiederholter Aufforderung, vor, zu schweigen. Um einem Sozialdemokraten öffentlich entgegen zu treten, dazu sind dieselben viel zu feig; sie ziehen es lieber vor, in der Kneipe, am Stammtisch, unter ihren Gesinnungsgenossen thätig zu schimpfen über die Haullenger, Aufwiezler, und wie die schönen Namen alle heißen.

Zum Schluß theilte der Vorsitzende der Versammlung mit, daß Fink der Candidat des 14. Wahlkreises sei, und wurde diese Candidatur einstimmig angenommen.

Arbeiter des 14. Wahlkreises! Das hiesige Wahlcomité thut seine Schuldigkeit, thut auch die Eilige.

Mit sozialdemokratischem Gruß das Wahlcomité.
Freiberg. (Zur Wahlagitiation.) Das einige Vorgehen der Sozialdemokraten vernachlässigen unseren Philistren Vandalismus und sie jammern in ihrem Sadelwische, „Freiberger Anzeiger“ benamset, gar entsetzlich. Köstlich ist der in bezagtem Blatte enthaltene Wahlaufruf zu Gunsten des Justizrathes Petch. Es werden in demselben alle Parteien angewinkt, ja jeden Haber und jeden Streich bei Seite zu legen und einzig gegen die Sozialdemokraten vorzugehen. Ein besseres Zeugniß hätte der „F. A.“ unserer Partei nicht ertheilen, ein größeres Anmuthzeugniß hätten die Herren Unterzeichner sich aber auch nicht ausstellen können. Aus diesem jämmerlichen Gewinsel ist die Charakterlosigkeit gewisser Leute recht ersichtlich, hier dokumentiren diese Leute, daß sie nicht im Geringsten daran denken, dem Volke etwas erringen zu wollen und daß es allen mitkommen „höchst“ unlieb wäre, wenn so ein „gefährlicher“ Sozialist etwas mitzusprechen hätte. Einigt euch nur, ihr „Herren“, gegen das „rothe Gespenst!“ Uns lömmt ihr dadurch nicht schaden, euch aber zieht ihr eine fürchterliche Blamaze zu, denn Jeder, dessen Diensten nicht mit Daberstroh gefüllt ist, muß einsehen, daß all' eure gegenseitigen „Kämpfe“ nur Lustthie und durchaus nicht ernst gemeint sind.

Am 12. d. M. fand in Wegersdorf eine Versammlung statt, welche im Verhältnis zu der geringen Zahl der Einwohner, gut besucht war. Uble und Geseftigter sprachen über das Wesen der Sozialdemokratie und über die Thätigkeit, welche die „Volkvertreter“ im letzten Reichstage entwickelten. Die Versammlung folgte mit der größten Aufmerksamkeit den Ausführungen der Redner, nur ein anwesender „Lehrer“ erlaubte sich bei Besprechung des Invalidentgesetzes den Ruf: „Das ist nicht wahr!“ Aufgefordert, dies vor der Versammlung näher auseinanderzusetzen, zog er es vor, sich unsichtbar zu machen.

Tags darauf war Versammlung in Waltersdorf, woselbst Geseftigter referierte. Die Versammlung, welche gut besucht war, folgte den Ausführungen mit sichtbarem Interesse. Als Redner erdachte, trat ein höchst wahrscheinlich von irgend Jemand bezahlter Kerl auf und stellte die Frage, ob denn in Sachen nicht Leute wären, welche für den Reichstag taugen, ferner sagte er der Versammlung auseinander, welche „unanselbschliche Schande“ es für „Sachsen“ wäre, wenn ein Kandidat aus Hamburg durchkommen

würde. Von Geseftigtem ordentlich heimgeschickt, begnügte sich der Mann noch nicht, sondern warf die Frage auf, was denn Geseftigter für die Allgemeinheit schon gethan hätte? Da auch diese Frage beantwortet wurde, spielte der Cole den letzten Trumpf aus, wies auf „Frig Reade“ hin und bezeichnete den Redner auch als „einen von denen“, welche von den „Pfeiligen des Arbeiters gut leben“ und „nichts arbeiten“. Dieses saß; Geseftigter wollte erwidern, doch konnte er nicht zu Worte kommen, denn ein kleines Häuflein erhob einen Heidenlärm. Selbstverständlich durften Insulten und Drohungen nicht fehlen. Die größere Zahl der Anwesenden verhielt sich passiv.

Sonntag sollte Geseftigter in Pappendorf bei Hainichen referiren; durch die mütterliche Sorgfalt der dortigen Polizei wurde jedoch die Versammlung unmöglich gemacht.

Montag war Sitzung des Wahlcomités in Hainichen, anwesend waren gegen 60 Mann des Comités, ferner Uble, Sonntag und Geseftigter. Es wurde beschlossen, 50 Mann des Comités von Hainichen zur Beethilung der Aufrufe, dem Freiberger Comité zur Verfügung zu stellen.

Dienstag Abend gieng bei „Sturm und Nacht“ und einer egyptischen Finsterniß auf einem beinahe bodenlosen Wege nach dem anderthalb Stunde entfernten Robendorf, woselbst eine Versammlung anberaumt war. Trotz des Heidenwetters war die Versammlung sehr gut besucht, es mögen 200 Personen anwesend gewesen sein. Dem Referate wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet und selbst als nach anderthalbstündiger Rede des Geseftigten die Versammlung geschlossen wurde, standen die Anwesenden einige Sekunden lautlos und erwarteten noch mehr zu hören. Es waren auch hier einige Gegner, doch diese zogen es vor, ruhig zu bleiben.

Mittwoch war Versammlung in dem zwei Stunden von Freiberg entfernten Langendorf, zu welcher Uble, Sonntag, Wahl und Geseftigter erschienen. Das Auditorium bestand meistens aus Arbeitern, natürlich fehlten einige „Herren“ nicht. Geseftigter hatte das Referat. Als derselbe das „Invalidentgesetz“ besprach, erhob sich der Hammerschmied Weinholdt, welcher mit ziemlich „unbedelm“ Schien (wenn er ein solches überhaupt besitzt) erschienen war, und forderte mit einer Bärenstimme, Redner möge sich solche „Auslassungen“ vergehen lassen; „daß es Invaliden gäbe, sei Allen bekannt, weshalb brauche darüber nicht gesprochen werden.“ Da Redner fortfuhr und der feingehämmerte Hammerschmied sah, daß seinem Nachzöbete nicht Folge geleistet wurde, stürzte er die Versammlung dadurch, daß er den Redner öfters anterschrah. Genosse Sonntag, welcher den „Herren“ zur Ruhe verwies, wurde von demselben auf die niederträchtigste und gemeinste Art und Weise beleidigt. So etwas kann man aber auch nur von schwer besoffenen „Arbeitgebern“ haben. Als Geseftigter endete, nahm Uble das Wort und sprach über die Thätigkeit des Reichstages, über die verschiedenen Parteien und verlegte dem „höch gebildeten“ Hammerschmiedmeister manchen trefflichen Seitenhieb. Nachdem Uble, freilich nach mancher Unterbrechung von Seiten des Schmieds geendet, ließ es sich Letzterer heifallen, auch sprechen zu wollen. Wie ein Bajazzo sprang er vor der Versammlung zu deren größten Belustigung auf und ab, machte die verschiedensten Sprünge, Bücklinge und ähnliche Körpererercitionen, schleuderte mit den Armen in der Luft herum und was die Hauptsache ist, schwängte einen so kolossalen Unsinn, daß er ausgelacht werden mußte.

Er lobte die Verhältnisse der Arbeiter, pries die Löhne, gerirte sich stets als „Arbeiter“ und „Freund“ verdächtigte uns nach Kräften und brachte gegen uns die so fürchterlich gravirende, uns für unser ganzes Leben entehrende Anschuldigung vor: Wir seien „Arbeiter“! Hier ist „so ein“ Bäcker, „so ein“ Strumpfwirker, „so ein“ „Steinseher“ (lese Schriftseher) und „so ein“ Maurer! sind die höchsten Worte „so eines“ Schmiedes, der da „Arbeiter“ sein will, um den wirklichen Arbeitern Sand in die Augen streuen zu können. Die gemeinsten Beleidigungen gegen unsere Personen und eine auf den krafftesten Egoismus basirende Verbrechung der Thatfachen war die Quintessenz der Rede dieses höchst „begeisterten“ Mannes. Von Geseftigtem und Uble ordentlich heimgeschickt, wollte der „edle“ Mann durch Bärmen und bläbliches Toben die Ausführungen der Redner todtzuschreien; doch die Arbeiter bewiesen hier, daß sie gefunden Sinn haben und ihre Pappendörmer kennen. Herr Weinholdt wurde von der Versammlung einstimmig auf nicht sehr zarte Weise erucht, das Maul zu halten, der drohenden Stellung der Versammlung gegenüber wagte der Held doch nicht so laut zu opponiren, er beschränkte sich daher darauf, zum Ergötzen der Versammelten noch zweimal die Hauswurtstrolche zu übernehmen. Es hätte aber nicht viel geschelt, so wäre der gute Mann von kräftigen Arbeiterfäusen als Eilgut über die Treppe hinabspedirt worden.

Nach Schluß der Versammlung machte der „Arbeiter“ Weinholdt wiederholt den Versuch, dem Geseftigten mit „schlagenden Beweisen“ die Richtigkeit seiner Anschauung klar zu machen. Doch Letzterer zog sich vernünftigerweise zurück. Ja, ja! wo es am Gehirne fehlt, müssen Hände und Knüppel ihre Schuldigkeit thun. Unsere Agitation wird auch am dem Grunde sehr erschwert, weil in den Dörfern die „Rittergutsbesitzer“ einen sehr großen Einfluß auf die „Gutsbesitzer“ ausüben, und weil man höchst selten einen Birth findet, welcher den Saal zu solch „Raatzgefährlichen Umtrieben“ hergibt. Wir sind jetzt oft tagelang auf der Suche nach Lokalitäten.

Den „Deceiern“, wie man uns hier, Dank dem „F. A.“ zu nennen beliebt, darf man keine Lokale überlassen. Dem Volke wird einfach weiß gemacht: Ob zwar die Sozialdemokraten eigentlich gar keine Christen sind, huldigen sie doch dem biblischen Worte: „Wer zwei Röcke hat, geben einen dem, der Keinen hat.“ Daher löpft der Bauer seine Hofentfäcken um so fester zu, wenn er einen Sozialdemokraten in der Nähe wittert. Doch es wird auch auf diesem Felde besser werden und daß es besser werde, dafür sorgen die „da Oben“ in der ausgezeichneten Weise.

Plauen, 14. Dez. Obgleich die Partei in Plauen schwach ist, so hat sich doch immer ein Kern von 15—20 Mitgliedern erhalten. Es wäre kein Wunder gewesen, wenn dieselbe an den vielen Maßregelungen und dem Indifferentismus hierorts zu Grunde gegangen wäre. Doch die Partei lebt noch und ist begünstigt für die hohe, edle und reine Idee, die unser Programm enthält. Wir sind zwar nicht fanatisch, aber wir wirken ruhig und mit eiserner Energie in der Gemeinde, Familie und Werkstatt für Ausbreitung der Sozialdemokratie und kämpfen einander den Grundsat ein, daß der Sozialdemokrat vor Allem ein guter Mensch sein muß.

Unsere Hauptthätigkeit widmeten wir schon seit 6 Monaten der Reichstagswahl, indem wir uns mit den Schwesternstädten und Ortshäusern in möglichste Verbindung setzten und dieselbe unterhielten. Wir verbanden uns mit den Mitglievern des Allgem. deutschen Arb.-Bereins in Wahltröck und Pausa, die bei der letzten

Reichstagswahl 600 Stimmen für ihren Candidaten zusammenbrachten. Deshalb haben wir schon im vergangenen Sommer mit denselben eine Versammlung in Trochau gehabt und beschlossen wir, bei der Reichstagswahl mit einander Hand in Hand zu gehen.

Da nun die Wahlzeit gekommen ist, so haben wir vor acht Tagen einen Wahlverein von 28 Mitgliedern gegründet, aus denen sich wieder 8 Mann freiwillig zu einem Wahlcomité meldeten. Das Comité setzte hieron sogleich den von der Landesversammlung aus bestimmten Candidaten Hermann Albert in Glauchau brüchlich in Kenntniß und forderte ihn auf, uns sofort zu benachrichtigen, ob er genehm sei, die Candidatur anzunehmen oder nicht. Dieses Beginnen theilten wir auch dem Führer der Wähltröffer Passaleaner mit, welcher uns aber sogleich mittheilte, daß sie bereits Herrn Zwieler aus Altenburg als Candidaten aufgestellt hätten, während wir seit 8 Tagen schmerzlich aber vergebens eine Antwort von Herrn Albert erwarten. Wir haben heute wieder eine Besprechung mit den Wähltröffer-Passalanern, wir haben aber kein Geld, keine Sprecher, keine Agitationschriften und keinen Candidaten und möchten doch ebenfalls als Sieger aus der Wahl hervorgehen.

Wir versuchen den Ausschuß der Partei in Hamburg und alle Agitatoren, uns in unserm Vorhaben mit Rath und That beizuhelfen. Das sozialdemokratische Wahlcomité in Schilbachs Restauration, Hammerstraße.

E. J. Schmidt, Friedr. Forbriger, E. A. Wolf, F. L. Seifert.

Sera, 8. December. Nachdem der hiesige Vertrauensmann beauftragt war, Anknüpfungspunkte in Liebshaus zu suchen, machte Einsender dieses sich auf den Weg, einen Mann zu suchen, der die Anmeldung zu einer Volksversammlung übernehmen sollte, was auch gelang. Jedoch nach einigen Tagen mußten wir erfahren, daß der Mann zurücktrat, und so blieb uns weiter nichts übrig, als die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Trotz aller Machinationen und Trohungen Seitens unserer Gegner bekamen wir 12 Stunden vor Eröffnung der Versammlung den Saal doch noch zugesagt. Von Haus zu Haus besorgten wir dann die Einladung zu der Versammlung, und wir hatten wirklich die Freude, dieselbe ziemlich zahlreich besucht zu sehen. Mit Aufmerksamkeit folgten die Versammelten den Worten ihres Kandidaten J. Motteler aus Grimmitzschau. Motteler wies den Kleinbauern nach, daß sie unter demselben Druck des Großkapitals zu leiden hätten, wie das industrielle Proletariat, er überzeugte sie, daß die Sozialisten nicht die rohen „Theiler“ wären, wie sie von den Gegnern fälschlich bezeichnet würden. Nachdem sodann noch Herr Karl Wartenburg, der auch im 18. Wahlkreis aufgestellt ist, gebührend charakterisirt worden, forderte Redner die Versammlung auf, ihre Stimme nur solchen Leuten zu geben, die mit voller Kraft für die Interessen der unterdrückten Klassen aufzutreten, und das wären die Sozialdemokraten. Der Vortrag Motteler's wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf wurde ein Wahlcomité, bestehend aus 5 Personen, zur Propaganda für die Candidatur Motteler's ernannt. Nachdem noch aufgefordert worden war, recht fleißig die sozialistischen Schriften und die Parteiblätter, wie „Volkstaat“ und „Grimmitzschauer Bürger- und Bauernfreund“ zu lesen, wurde die Versammlung geschlossen. Hiermit ist wiederum ein Sieg zu verzeichnen und der betreffende Wirth wird sich seinen schwarzen Mann mehr vormalen lassen. Soeben erfahre ich, daß aus den Comité drei Mann ausgetreten sind, aus Furcht vor Persönlichkeiten, die auch die Versammlung zu hintertreiben versucht hatten.

Bemerk sei ferner, daß sich hier ein Arbeiterwahlcomité gebildet hat, das sich zur Aufgabe gemacht hat, allwöchentlich in der Umgegend Volksversammlungen abzuhalten mit der Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen.“ Kandidat ist Dr. med. Boigt aus Leipzig. Das Comité besteht aus folgenden Personen: Scharsenberger, Vorsitzender; D. Senf, Schriftführer; K. Herfurth, Kassirer; L. Hermann, E. Gläßer, Fr. Wiggall, B. Thal, R. Krüger, Beisitzer.

Briefe u. s. w. sind zu senden an Hugo Senf in Sera, Töpfergasse 3.

Coburg, 16. December. Am 10. Januar 1874 finden die Wahlen zum deutschen Reichstage statt. Auf drei weitere Jahre wird durch diese Wahlen, je nachdem sie ausfallen, über die wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und voraussichtlich über neue Lasten, die demselben aufgelegt werden sollen und welche, wie immer, das arbeitende Volk vorzugsweise zu tragen haben wird, andererseits über Rechte, die ihm entzogen werden sollen, wie das der freien Presse, sowie über Rechte, die ihm nicht länger vorenthalten werden sollten, für unsere Kleinstaaten aber mittelbar auch über deren Fortexistenz durch unerträgliche Anforderungen (in den sogenannten Matricularbeitstragen) entschieden.

Diese Entscheidung kann nur dann zum Wohle des Volkes ausschlagen, wenn dasselbe aller Orten in ganz Deutschland bei den Wahlen seine Schuldigkeit thut, wozu ihm durch das allgemeine Wahlrecht die Möglichkeit gegeben ist. Dies kann nur dadurch geschehen, wenn es nicht leichtsinniger und thörichtester Gleichgültigkeit sich hingibt, sondern Mann für Mann seine Stimmzettel abgibt und nicht durch schöne Worte, deren wir bisher nur zu viel gehört haben, bei den Wahlen sich bestimmen läßt, sondern nur solchen Männern seine Stimmen gibt, bei denen die Thaten, d. h. deren Abstimmungen in allen für das Volkwohl entscheidenden Fragen, mit ihren Worten im Einklang stehen und die deshalb auch den Muth der Opposition haben, an welchem es der bisherigen Reichstagsmehrheit nur zu sehr gefehlt hat!

Um auch für das hiesige Land eine Wahl in diesem Sinne und damit im Interesse des, die große Mehrheit auch hier im Lande bildenden, arbeitenden Volkes überhaupt herbeiführen zu helfen, ist aus dem hiesigen Arbeiter-Verein das unterzeichnete demokratische Landes-Wahlcomité zusammengetreten.

Wir richten daher an alle Wähler des ganzen Landes, welche mit uns in diesem Sinne auch für die bevorstehende Wahl dem Wahlanspruch: „Alles für und alles durch das Volk“ folgen, hiermit die Aufforderung; sich mit uns durch unseren mitunterzeichneten Schriftführer und Kassirer in Verbindung zu setzen, in allen Gemeinden Ortswahlcomités einzusetzen, und alle für die Wahlen wichtigen Mittheilungen, namentlich die Adressen der Localwahlcomités, schleunigst an uns gelangen zu lassen, sowie Geldbeiträge für die Wahlagitation durch die Localcomités zu sammeln und an unseren Kassirer einzuzahlen; wogegen wir mit den für die Wahlagitation erforderlichen Drucksachen die mit uns in Verbindung tretenden Wahlcomités versehen werden.

Das demokratische Landeswahlcomité für die Reichstagswahl.

Julius Heymann, Vorsitzender. Hermann Ulich, Kassirer. Hermann Seinig, Schriftführer.

Carl Kramer, Carl Müller, Hermann Lecker, Friedrich Köpfer, Carl Scheidig, Carl Regler, Theodor Simon, Johann Seiler, Friedrich Wolf, Ernst Oberender, Edward Jörg, Benjamin Fröbel.

Ablage aller Sendungen in Knopfs Restauration hieselbst.

Berlin. Die hiesige freireligiöse Gemeinde hat den Beschluß gefaßt, das Thor ihres Begräbnisplatzes mit folgender Inschrift zu versehen:

Wir hoffen und fürchten vom Jenseits Nichts mehr; Die Besserung des Diesseits ist unser Begehren.

Dieses Factum begleitet die, in Nr. 119 des „Volkstaat“ nebst ihrem Redacteur sehr treffend charakterisirte „Neue freie(?) Zeitung“ mit einem halb und halb zustimmenden Leitartikel, welcher sich durch folgenden Satz charakterisirt: „Wenn wir auch gern den Segensatz von Wissen und Glauben festgehalten wissen, so ist es doch der Wissenschaft bis jetzt nicht endgiltig gelungen, sichere, ganz unzweifelhafte Beweise dafür zu erbringen, daß die Inschrift auf dem Thore des Friedhofes in der Pappelallee ihre volle Berechtigung habe.“

Der Herr Dr. Löwenthal wartet also noch immer auf den „sicher, ganz unzweifelhaften Beweis“ für seine Sterblichkeit. Nun, wie wäre es, Herr Doktor, wenn Sie es einmal mit einem entsprechenden Experiment versuchten? Wir erinnern uns hierbei des Ausspruches eines Philosophen, der also lautet: „Diejenigen, welche durchaus unsterblich sein wollen, verdienen — gesteinigt zu werden.“

Hannover, 14. December. In der von uns veröffentlichten Abrechnung über die für den hiesigen Tischlerstrich eingegangenen Gelder haben sich einige Irrthümer eingeschlichen. Es ging da heissen bei Einnahme von anwärts: Deutsche Arbeiter in Rheinfelden Thlr. 2 19 3. Die Summe der Einnahme von den hiesigen Corporationen muß heißen Thlr. 91 15 3. Die Summe der Einnahme von den hiesigen Tischlerwerkstätten und einzelnen Gesellen muß heißen Thlr. 379 10 6. Bei den Ausgaben muß es heißen: für Plakate und Drucksachen Thlr. 86 20. In der Bilanz muß es heißen: Einnahme Thlr. 767 3 3. Ausgabe Thlr. 771 29 8. Bleibt Deficit Thlr. 4 26 5.

L. Clausing, Vorf. der Commission.

Hamburg, 17. December. Wie schon aus einer früheren Mittheilung in diesem Blatte ersichtlich, haben unsere hiesigen Parteigenossen sich zum Zweck eines gemeinschaftlichen Vorgehens bei den Reichstagswahlen mit der hiesigen Opposition des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ verständigt. Die vereinigten Wahlcomités der beiden Fraktionen haben heute in den Zeitungen angekündigt, daß im ersten und dritten Hamburger Wahlkreis (Altstadt, St. Georg und Langbeil) E. A. Bräuer, im zweiten Wahlkreis (Neustadt und St. Pauli) A. Seib als Candidat aufgestellt worden ist. Flugblätter sollen demnächst folgen, sodas sich unsterkrecht die Wahlbewegung in vollem Gange befindet. Die Gegner sind übrigens ebenfalls nicht untätig. Dem Arbeitercandidaten Seib hat sich W. Hartmann, ein Vorkämpfer von Hasenlever, entgegengestellt; dasselbe hat Hartmann gegen Bräuer gethan. Neben Hartmann streiten gegen uns im 2. Wahlkreis der Fortschrittler Advocat Dr. Bank, sowie der Jünger Ewald Schmidt, weiland Mitglied der Hamburger Gewerbelammer, Verfechter des famosen Contractbruch-Gesegentwurfes, der Arbeitsbücher und sonstiger Nariitäten aus der Vorzeit. Es wird voraussichtlich im zweiten Wahlkreis einen lustigen Wahlkampf geben, in dem wir auf die Stimmen nicht nur der aufgelaarten sozialdemokratischen Arbeiter, sondern auch der demokratischen Kleinbürger zählen dürfen. Im ersten Kreis steht außer Hartmann noch der Kaufmann und Gründer Zacharias gegen Bräuer im Felde. Wir werden unser Möglichstes thun, auch in diesem Kreis der auf die Vereinigung der Arbeiter hinstrebenden Candidatur Geltung zu verschaffen, ebenso im dritten Kreis, wo neben dem unvermeidlichen Hartmann der conservative Advokat Dr. Wolff sohn um den Wahlsteg mit Bräuer streitet. Wer die Ausdehnung der Wahlagitation zu ermessen versteht, der hat die Pflicht, auch die Mittel zur Agitation zu gewähren. Daher gebe jeder zur rechten Zeit, bedenkend, daß die Aussichten für uns nicht ungünstig sind.

Mannheim. Am Sonntag den 30. November hatten wir wieder Gelegenheit, die Kampfweise unserer Gegner kennen zu lernen. Wir begaben uns nämlich, da wir das erstmal in Hohenheim gut aufgenommen worden waren zum zweitenmal dorthin. Ich und Parteigenosse Ruhe sollten reitieren. Mit dem Lokalbesitzer hatte ich schon alles abgemacht. Raun betreten Sonntag morgen drei unserer Parteigenossen den Ort, um Plakate anzukleben, so erschienen auch schon eine Anzahl Gensdarmen, die Hohenheimer Jugend wie eine Herde Schaafe vor sich hertreibend und diese anfeuernd, die Plakate abzureißen, welchem Befehle die kleine „Heldenschaar“ auch wieder nachkam. Der Kommandant der Ordnungshelden erschien bei dem Wirth des Lokales und drohte ihm mit Entziehung eil und jeder Tanzmusik, falls er uns das Lokal nicht sofort entziehe. Ein anderer Gensdarm unserer Parteigenossen ein Schreiben von „oben herab“, worin gesagt war, daß man unsere Agitation zu hintertreiben gedente durch Beeinflussung der Wirths.

Dies zur Charakterisirung der badischen „Freiheit“.

Begleitet von 7 Parteigenossen kam ich am Nachmittag in Hohenheim an. Unsern Hunden bot sich ein Anual Menschen, untermischt mit Pöbelhau en, dar. Als wir näher kamen, hörten wir ein starkes Schreien und Zischen, das uns galt, und zu unserm Erpaunen war auch die Feuerwehr aufmerksam. Raun waren wir in das Lokal eingetreten, als auch schon die Feuerwehr mit klingendem Spiel und wackenden Fahne uns nachrückte um uns zu vertreiben. Unter solchen Umständen mußten wir das Feld räumen, ohne ein Wort gesprochen zu haben. Raun hatten wir jedoch auf dem bereitstehenden Leiterwagen Platz genommen, als wir mit einem Hagel von Steinen und Koth, geschleudert von kleinen und großen Gassenbuben, überschüttet wurden. Mit Lebensgefahr stückelten wir uns zum Orte hinaus; hier kämpften selbst Götter vergebens.

Das in Baden solche Polizeiwirtschaft herrscht, darüber werden sich Viele wundern, zieht man jedoch in Betracht, daß in diesem Wahlkreis Vertreter Staatsrath Lamey ist, so dürfte alles klar werden. Und die Presse? Sie triumphirte ob des erfolgten Sieges, lobte die Feuerwehr und die Gensdarmrie, als ob wieder einmal ein „Erbfeind“ abgeschlachtet worden wäre. Den nämlichen Sonntag fand in Schwetzingen eine zwar nur schwach besuchte Versammlung statt, in der Ganshorn und Vorkach über die Reichstagswahlen referirten.

F. J. Ehrhardt.

Die Parteigenossen der nachbenannten Orte werden hierdurch aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen daß folgende

Announcements

balddigt bezahlt werden:
Altenburg: Zappay f. Sept. 7 Gr.; Augsburg: Arb.-P. f. Sept. 6 Gr.; Lit.-Ber. f. Sept. 5 Gr.; Berlin: Ramus- u. Handarb.-Gew. f. Sept. 18 Gr.; Holzard. Gew. f. Sept. 1 Thlr.; Metallarb.-Gew. f. Sept. 9 Gr.; Varmen: Arb.-Partei f. Aug. 3 Gr.; Tischlerver. f. Aug. 1 Thlr.; Bremen: Böttch.-Ver. für Sept. 4 Gr.; Braunschweig: Metallarb.-Gew. f. Juli u. Sept. Thlr. 1 9; Cassel: Arb.-Partei f. Aug. u. Sept. 27 Gr.; P.

Walg f. Sept. 2 Gr.; Crefeld: Arb.-Partei f. Juli Thlr. 2 10; Chemnitz: Bahlreich f. Juli Thlr. 1 4; Esslingen: Arb.-Partei f. Sept. 6 Gr.; Gotha: Arb.-Partei f. Juli 8 Gr.; Glauchau: Blls. Ver. f. Aug. u. Sept. Thlr. 1 20; Grünheim: Arb.-Partei f. Aug. 10 Gr.; Hamburg: Allg.-deutsch.-Arb.-Ver. f. Aug. u. Sept. Thlr. 1 13, Buchbo. f. Aug. 3 Gr.; Holzard. Gew. f. Sept. 12 Gr.; Heilhauser Eisner f. Juli 12 Gr.; Hannover: D. G. Ind. f. Sept. 8 Gr.; Lörach: Schülz f. Aug. 8 Gr.; Neerane: Mannf.- u. Handarb.-Gew. f. Aug. 8 Gr.; Nieberplanig: Arb.-Partei f. Aug. u. Sept. 18 Gr.; Offenbach a/M: Schum.-Gew. f. Sept. 8 Gr.; Psersee: Arb.-Ber. f. Aug. u. Sept. 8 Gr.; Philadelphia: Fr. Maltz f. Sept. 11 Gr.; Pforzheim: Arb.-Partei f. Sept. 6 Gr.; Reichenbach i/S: Arb.-Partei f. Sept. 17 Gr.; Sorau: Büchsenf. Hoffmeister f. Juli 24 Gr.; Stollberg: Arb.-Partei f. Juli u. Sept. 18 Gr.; Arb.-Bild.-Verein f. Sept. Thlr. 1 27, Neubert f. Aug. 10 Gr.; Spandan: Arb.-Partei f. Sept. 7 Gr.; Stuttgart: Buchboer. f. Aug. 20 Gr.; Staßfurt: Arb.-Partei f. Aug. 20 Gr.; Schw. Hall: Agitat.-Com. f. Aug. 3 Gr.; Schw. Gmünd: Agitat.-Com. 16 Gr.; Wiesbaden: Arb.-Partei f. Aug. 3 Gr.; Schum.-Gew. f. Aug. 5 Gr.; Wien: Unterf.-Kommiss. f. Aug. 6 Gr.; Werdau: Volksver. f. Juli 12 Gr.; Zwickau: Arb.-Partei f. Juli 16 Gr., R. Bachmann f. Sept. 3 Gr.; Zeiz: D. Ringer f. Juli 4 Gr.

Gleichzeitig erklären wir, daß Annoncen solcher Einsender, die nach zweimaliger Erinnerung die Gebühren nicht entrichtet haben, hinfort nicht eher aufgenommen werden, bis die rückständigen Beiträge bezahlt sind. Der Parteiauschuß. Hamburg. (2 a.)

Fond für pol. Gemafregelte.

S. Mdr. hier 5 Gr., Solz 2 Gr., B. W. Gr. 2 5, Leitnig 5 Gr., Pfr. Gr. 2 5.

Zum Reichstagswahlfond.

Bon Henniger hier 1 Thlr., v. Bennenich hier 16 Gr., v. R. u. F. Neulecherhausen 15 Gr.

Briefkasten

der Redaktion: W. B. jr. Braunschweig: Ist besorgt; das „traagische Lebende“ wird auch besorgt. Beste Grüße und Wünsche. A. S. in Frankfurt: In nächster Nummer. D. v. B. in Frankfurt: Brief folgt. Chr. Schäfer in Eisenach: In einer der nächsten Nummern. E. W. in Altenburg: folgt dieser Tage. W. der Bericht über den Schw. Sond. Landtag erscheint in einer der nächsten Nummern. Ueber Wohnachten muß eine Nummer ausfallen. E. R. in Erfurt: Die Correspondenz erscheint in nächster Nummer. Gegen den rentierten Orlschulzen können Sie nur Beschwerde bei dessen vorgelegter Behörde einreichen. Wird freilich wenig nützen, aber geschehen muß es.

der Expedition: B. Amr Wiesbaden Schr. Thlr. 2 18. Arbr Leipzig Ab. Gr. 17 5, Schr. Gr. 12 5. Hrg Bogdam Schr. Gr. 12 5. Argr Goldb Schr. 1 Thlr. Pet Gelsdorf Schr. 11 Gr. Psh Niederwönitz Schr. Thlr. 2 17 5. Ignatz Barmen Schr. 6 Thlr. Titibn Witten Schr. 20 Gr. Böttcherverein Dresden Ann. 27 Gr. Arbeiterverein Thonberg Ann. 25 Gr. Schr. hier Schr. Thlr. 1 8 5. Ublch hier Schr. Thlr. 1 10. Arb.-Part. Hamburg Ann. Thlr. 3 12. Kiemper u. Gashüter das. Ann. Thlr. 1 20. Arschur Pest Ab. Thlr. 1 13 5, Schr. Loth. 6 16 5. Schum Limbach Ann. 6 Gr. Bg Erfurt Ann. 20 Gr. Wdhren Niedermuschberg Schr. 26 Gr. Schum hier Schr. Gr. 12 3. W. Emref Flunden Schr. Thlr. 6 18 3. Arbeiterpartei Ludenwalde Ann. 16 Gr. Metallarb. Berlin Ann. 13 Gr., Ag.-Nr. 10 Gr. A. Pche Ling Schr. 17 Gr. Schrs Sächsteln Schr. 2 Thlr. Holzard. Kalen Schr. 4 Thlr. Trimmn Berlin Ab. Deq. Thlr. 13 9, Schr. Thlr. 12 3 5. Simon Kalen Ab. Thlr. 16 14.

Dresden Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Vorsitzender: L. Schmeißer, Dresden, Rosenweg 61, 2. Etage. Kassirer: K. Langsch, Dresden, Louisenstraße 63, Hinteraus, 1. Etage. (26)

Dresden Photographieren von den hervorragenden Sozialisten & Dugend 15 Gr. empfielt

3c) Henriette Krieling, Christianstraße Nr. 16, 4. Etage.

Dresden Arbeits- & Wohnungsnachweis von C. J. Evans, im Arbeiterbildungsverein, Palmstrasse 20. (27)

Frankfurt a. M. Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Abonnement auf den „Volkstaat“ und ersuche ich die seitherigen, wie auch neue Abonnenten frühzeitig bei mir zu abonniren.

Das Abonnement beträgt pro Quartal (frei in's Haus gebracht) 1 fl. 25 kr., pro Monat 29 kr. Th. Kalk, Judengasse 166.

Wir fordern die Restanten des „Volkstaat“, sowie der Schriften auf, endlich einmal Ihre Angelegenheiten mit unseren Filial-Expedienten bald zu ordnen, widrigenfalls wir einschreiten.

Wir haben beschlossen, daß vom 1. Januar ab nur Derjenige den „Volkstaat“ erhält, welcher das Abonnement im Voraus bezahlt hat. Schriften werden ohne Geld nicht verabsolgt.

Die Zeitungs-Commission.

Leipzig Arbeiterbildungsverein.

Sonnabend, den 3. Feiertag: Weihnachtsfeier in den Räumen des „Aldorado“. — Anfang Abends 6 Uhr. D. B.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein

Freitag, den 2. Feiertag, Abends 8 Uhr: Gesellige Zusammenkunft im Saale des Arbeiterbildungsvereins D. B.

Warnung!

Der Buchbinder Pieper (früher in Hamburg, später in den Rheinlanden), vor welchem schon aus dem diesjährigen Parteicongress gewarnt wurde, hat durch seine Schwindelereien unsere Parteigenossen in Solingen und besonders Duisburg schwer geschädigt. Da Pieper, zuletzt in Rühlheim a. d. Ruhr wohnhaft, sein Glück anderswo, angeblich in Brüssel, probiren will, so wird durch die Parteibehörden hiermit ausdrücklich vor demselben gewarnt.

Zur Agitation in Sachsen.

Spezialarten von Sachsen pr. Cpl. 9 Gr., unter Kreuzband fcco. Cpl. 10 Gr., auf Reinwand gezogen pr. Cpl. 17 Gr. 5 Pf. liefert gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken oder Postvorschuß. Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Pegau, Regis, Cöhren

Die Leser des „Volkstaat“ in obigen Orten werden gebeten Ihre Adressen schleunigst an uns gelangen zu lassen.

Die Expedition des „Volkstaat“.

Codes-Anzeige.

Mein Freund und Bekannungsgegenstand zur Nachricht, daß meine jüngste, 16jährige Tochter Anna zur ewigen Ruhe eingegangen ist. Herzlichen Dank dem Arbeiterverein, welcher mir in meiner Krankheit bis zur Seite stand. Möge Jeder vor ähnlichen Schicksalschlägen bewahrt bleiben.

Oran, den 20. December 1873.

Im Namen der trauernden Familie: R. B. G. 14.

Leipzig: Berantw. Redacteur: W. Preißer. (Redaktion u. Expedition Zeitungs- 44.) Druck und Verlag des Genossenschaftsdruckerei.